

Zugabe

S. 8

Die Abgeordneten stellen sich der Finanznot der Kommunen und denken über zusätzliche Hilfen nach. Die Geister scheiden sich jedoch an der Frage, ob dafür neue Schulden aufgenommen werden sollen.

Zukunft

S. 9-12

Bildung ist das Tor zur Welt. Auch deshalb schlagen bei der Schulpolitik traditionell die Wogen hoch. Schulstruktur, Kopfnoten, Elternwille, Mitsprache – das Titelthema Schule erhitzt die Gemüter.

Zunder

S. 13

Mit einem Nachtrag zum Haushalt 2010 will die Landesregierung die Neuverschuldung erhöhen – notwendig, um Haushaltslücken der Vorgängerregierung zu schließen oder doch eine Art „Schuldenorgie“?

Zugeständnis

S. 15

Die Kommunen sollen sich auf dem Energiemarkt wieder mehr wirtschaftlich betätigen dürfen. Sachverständige begrüßen den Vorstoß, warnen aber auch vor Wettbewerbsnachteilen für den Mittelstand.

Was macht Schule?

Weichenstellungen und Zukunftsfragen zur Bildung

Operation Bildung

In einem sind sich alle einig: Bildung ist der Schlüssel. Kluge Köpfe sind nicht nur Motor für die Wirtschaft, beste Bildung eröffnet auch jedem Menschen individuell die Chance auf Entfaltung seiner Fähigkeiten und Potenziale. Abseits dieser Aussagen gehen die Meinungen allerdings auseinander. Die strittige Kernfrage jeder Diskussion rund um die Bildung lautet: Wie lässt sich das große Ziel erreichen?

Die Tatsache, dass Debatten um Schul- und Bildungspolitik immer wieder hitzig und leidenschaftlich geführt werden, lässt sich wohl auf die große Bedeutung dieses Politikfeldes zurückführen, derer sich alle Fraktionen im Landtag bewusst sind. Umso engagierter setzen sie sich für den jeweils ihrer Meinung nach richtigen Weg ein. Je länger man mit konkreten Schritten wartet, so die allgemeine Auffassung, desto gravierender seien die Folgen. Bildungspolitik betrifft im Alltag alle, nicht nur Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte, sondern auch Eltern und die Wirtschaft, die Nachwuchskräfte sucht. Auch wegen der umfassenden Relevanz der Bildungspolitik ist ihre Bedeutung so groß.

Streitpunkte gibt es viele: Bietet das gegliederte Schulsystem optimale Möglichkeiten für individuelle Förderung, oder ist längeres gemeinsames Lernen die bessere Alternative, um alle Kinder zu bestmöglichen Abschlüssen zu führen? Auf welchem Weg kann es gelingen, dass Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen, wie es die UN-Konvention

für Menschen mit Behinderungen fordert? Sind Schulnoten zum Sozialverhalten eine hilfreiche Form der Rückmeldung? Wie zuverlässig können Lehrkräfte am Ende der Grundschulzeit den weiteren Bildungsgang der Kinder empfehlen? Welches Mitspracherecht sollen Eltern, Schülerinnen und Schüler haben? Was darf in der Kommune vor Ort entschieden werden? Und wie bekommt man mehr Gerechtigkeit in die Arbeitszeiten der Lehrkräfte untereinander?

UMBAU BEI LAUFENDEM BETRIEB

Das Feld Schule ist wohl deshalb so schwierig zu beackern, weil auf der einen Seite – je nach Auffassung unterschiedliche – Weichenstellungen schnellstmöglich vorgenommen werden müssen, um Negativfolgen zu vermeiden, auf der anderen Seite aber in ein dynamisches System eingegriffen werden muss. Jeder weiß, wie schwierig Umbau oder Renovierung bei laufendem Betrieb sind. Schulpolitik ist Operation am lebenden Objekt.

Die Tatsache, dass Schulpolitik immer wieder ein Streitthema ist, zeigt, dass Argumente gründlich abgewogen und mit Verve diskutiert werden und diskutiert werden müssen. Schulpolitik ist kein Streitthema um des Streits willen. Sie ist Herzensangelegenheit des Landtags NRW. SOW



Schwerpunkt: Was macht Schule?

Stimmen zur Schulreform	9
Schlag auf Schlag	10-11
Schulstruktur: Eine für alle?	12

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Energie I: Ansichten zur Atompolitik	3
Wohnen: Strategien gegen „Schrottimobilien“	4
Energie II: Streit um staatliche Stromnetze	5
Haushalt I: Das Steuer-Plus und seine Folgen	6
Schule: Nicht nur die Unterrichtsstunden zählen	7
Finanzen: Hilfe für Kommunen, aber wie?	8

Aus den Ausschüssen:

Haushalt II: Pro und Contra Nachtragshaushalt	13
Kommunales: Grenzen kommunalen Wirtschaftens ...	15
Meldungen	18
Gesetzgebung	14
Aus den Fraktionen	16-17
Porträt: Oliver Keymis (Grüne)	19
Impressum	19
Termine	20

Ansichten zur Atompolitik

Inwieweit hängen Endlagerung und Laufzeitverlängerung zusammen?

10. November 2010 – Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag war die Aussage von Umweltminister Norbert Röttgen, die Frage der atomaren Endlagerung sei unabhängig zu betrachten von der Laufzeitverlängerung, die die Bundesregierung beschlossen habe. Die Fraktionen von SPD und Grünen hatten die Aussprache beantragt.

Nach Thomas Eiskirch (SPD) zeige die Aussage Röttgens, wie weit dieser von den Menschen und der Realität entfernt sei. „Die offene Endlagerfrage ist und bleibt die Achillesferse des Atompaktes“, meinte er und wies auf eine Vervielfachung der Anzahl friedlicher Demonstrantinnen und Demonstranten und einen „Rekordprotest“ hin. Dies müsse der CDU doch zu denken geben, die gemeinsam mit der FDP erst den Auslöser da-

Als untauglichen und kläglichen Versuch reiner Parteipolitik bewertete Lutz Lienenkämper (CDU) die Debatte. Es genüge nicht, alles zu kritisieren, aber keine eigenen Antworten zu liefern, sprach er SPD und Grüne an. Bei dem Beschluss der Bundesregierung handle es sich zudem nicht um Atompolitik, sondern um einen konkreten Einstieg in die Nutzung der regenerativen Energien. Ziele seien, 80 Prozent des Stroms aus er-

ohne die beschlossene Laufzeitverlängerung stattgefunden, meinte der FDP-Sprecher.

„Der atomare Wahnsinn muss umgehend gestoppt werden“, forderte Michael Aggelidis (Linke) und machte eine Mehrheit in der Gesellschaft gegen Atomkraft aus. Auch die Anti-AKW-Bewegung werde die Politik noch mehr als damals „erschüttern“. Mit Röttgens Aussage, es gebe keinen Zusammenhang zwischen der Endlagerfrage und der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, würde heutzutage ein Zehnjähriger die Gymnasialempfehlung gefährden, meinte Aggelidis. Den Beschluss der Bundesregierung



für geschaffen habe: den Wiedereinstieg in die Atomkraft. Diese Politik hielt Eiskirch für Gift für Investitionen in effiziente Kohlekraftwerke, für den Ausbau erneuerbarer Energien, für die Wettbewerbssituation auf dem Energiemarkt und für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Wie sein Vorredner betonte Hans Christian Markert (Grüne) sein Missfallen darüber, dass CDU und FDP einen befriedeten Konflikt wieder aufgebrochen hätten. Zudem sei das Problem der Endlagerung nach wie vor ungelöst, gar verschärft: Die Asse sei „abgesoffen“, beim Schacht Konrad gebe es endlose Verzögerungen. Und nun wolle Röttgen trotz gegenteiliger geologischer Gutachten Gorleben als Endlager prüfen lassen. „Was ist das eigentlich für eine angeblich ergebnisoffene Prüfung, für die es keinen Plan B gibt?“, fragte der Grüne. Er hielt die Atompolitik für gemeinwohl-schädigend, lobbyistisch und bürgerfern und forderte einen ergebnisoffenen und bundesweiten Suchprozess für ein atomares Endlager.

neuerbaren Energien zu gewinnen, 80 Prozent weniger CO₂ zu produzieren und durch bessere Energieeffizienz 50 Prozent weniger Energie zu verbrauchen. Im Gegensatz zu dieser von der CDU angestrebten wirtschaftlich vernünftigen Revolution schadeten SPD und Grüne dem Industriestandort NRW.

Dietmar Brookes (FDP) wies darauf hin, dass der Castor NRW nicht einmal gestreift habe. Die Koalition habe keine eigenen Themen, vermutete er den Grund für die Debatte. 2001 habe der damalige grüne Bundesumweltminister Trittin die Proteste gegen Castortransporte für falsch gehalten, erinnerte Brookes. „Im Übrigen sprechen wir niemandem das Recht zur Demonstration ab“, sagte er. Aber jedes Land müsse seinen Atommüll selbst entsorgen, deshalb müsse Deutschland auch seinen Atommüll aus Frankreich zurücknehmen. Dies erfolge nach Recht und Gesetz und mit der notwendigen Sicherheit. Außerdem hätten die Transporte auch

hielt der Linke für den „Gipfel der Verantwortungslosigkeit“, da es hier nur um die Interessen der Wirtschaft gegangen sei. „Unser Leben und das unserer Kinder und Kindeskinde ist mehr wert als euer Profit“, hielt er dagegen.

Die Laufzeitverlängerung habe die Endlagerproblematik dramatisch verschärft, meinte Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD). Bisher habe man mit 17.200 Tonnen Atommüll rechnen müssen, nun würden es 21.600 Tonnen, zitierte er Berechnungen. Dies erhöhe den zeitlichen Druck, ein sicheres Endlager zu finden. „Wir alle wollen an den Zielen Klimaschutz und Versorgungssicherheit festhalten“, bekräftigte der Minister. Die Laufzeitverlängerung verhindere aber zeitnahe Weichenstellungen, die dafür nötig seien. Der Bundesregierung fehle außerdem die Mehrheit im Bundesrat, erklärte Voigtsberger und kündigte eine Verfassungsklage an, falls das Gesetz ohne Zustimmung der Länderkammer verkündet werden sollte. *sow*

Strategien gegen „Schrottimmobilien“

Wohnungsmarkt: Landtag setzt Enquete-Kommission ein

10. November 2010 – Steigende Mieten, verwahrloste Wohnungen, ständige Eigentümerwechsel: Unter anderem mit dem Verkauf von Wohnungspaketen an ausländische Finanzinvestoren ist der Wohnungsmarkt in NRW zum Sorgenkind von Land und Kommunen geworden. Auf Antrag der Grünen (Drs. 15/477) hat der Landtag nun über mögliche Lösungen für das Problem der „Schrottimmobilien“ diskutiert und einstimmig die Einsetzung einer Enquete-Kommission beschlossen.

„Diese Fonds kaufen die Wohnungen auf, nicht um sie dauerhaft zu besitzen“, betonte **Daniela Schneckenburger** (Grüne). Stattdessen veräußerten sie die erworbenen Pakete spätestens nach fünf bis zehn Jahren wieder – mit dem Ziel einer unüblich hohen Rendite zwischen sechs und acht Prozent. Diese könnten die international agierenden Investoren allerdings nur erreichen, indem sie möglichst wenig Geld in den Bestand steckten, kritisierte sie. Verfallene Baustrukturen, Schimmelbildung und Vandalismus seien die Folge. Es entstünden „Schrottimmobilien“, die die Wohnqualität der Mieterinnen und Mieter genauso beeinträchtigen wie die Stadtentwicklung“.

Der CDU-Abgeordnete **Klaus Vosse** forderte eine sachlichere Debatte darum, wie sich Globalisierung und die Finanzkrise auf den Wohnungsmarkt in NRW ausgewirkt hätten. So sei etwa eine mögliche Enteignung von Besitzerinnen und Besitzern vernachlässigter Bestände durch Kommunen, wie von Rot-Grün in der vergangenen Legislaturperiode vorgeschlagen, „sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluss“. Hinzu komme, dass die Zahl der Wohnungsverkäufe an

Investoren infolge der Wirtschaftskrise deutlich gesunken sei. „Sogenannte Heuschrecken bestimmen in der Regel zurzeit nicht durch spektakuläre Erwerbungen und Weiterverkäufe das Marktgeschehen.“

Die Heuschrecken seien zwar derzeit nicht übermäßig aktiv, reagierte **Jochen Ott** (SPD) auf seinen Vorredner. Klar sei aber auch: „Sie grasen jeden Tag weiter, fressen sich satt, und der Staat finanziert sie.“ Denn häufig wohnten in den von Investoren erworbenen Wohnkomplexen Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger, für deren Miete der Staat aufkomme. Das einkassierte Geld steckten die Fonds allerdings kaum in Instandhaltungsmaßnahmen, sondern in die eigene Tasche. Zahlreiche soziale Problemlagen vor Ort seien die Folge. „Das ist ein unverantwortlicher Weg, den wir nicht akzeptieren können“, erklärte der SPD-Abgeordnete.

Christof Rasche (FDP) setzte sich nachdrücklich für die Zusammenarbeit mit privaten Investoren ein. Denn nur so sei der „massive“ Investitionsbedarf in den Neubau und die Sanierung von Mietwoh-

nungen tragbar. Der Staat alleine sei dazu nicht fähig. Dabei betonte Rasche: „Nicht jeder Finanz-Investor ist eine sogenannte Heuschrecke.“ Zwar sei es richtig, dass schwarze Schafe „konsequent“ bekämpft werden müssten. Überzogene staatliche Kontrollen wirkten sich jedoch negativ auf den Wohnungsmarkt aus, warnte Rasche. Oberstes Ziel müsse es jetzt sein, „etablierte“ Finanzinvestoren und Wohnungsunternehmen davon zu überzeugen, in NRW zu investieren.

„Wohnen ist ein Menschenrecht“, sagte **Özlem Alev Demirel** (Linke). Nur mit einer guten, sicheren und bezahlbaren Wohnung gebe es ein menschenwürdiges Leben. Problematisch sei deshalb, dass die Bundesregierungen der vergangenen Jahre und auch die schwarz-gelbe Landesregierung unter Rüttgers die Wohnungsversorgung zunehmend dem Markt überlassen hätten. Beispielhaft hierfür stehe der Verkauf Zehntausender LEG-Wohnungen an eine private Fondsgesellschaft. Die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung kämen dadurch zu kurz. Demirel forderte sämtliche Fraktionen zu einer „Kehrtwende“ auf. Denn eine soziale Wohnpolitik gehöre zu den Kernaufgaben eines Staates.

Wie alle anderen zuvor sprach sich auch **Harry Kurt Voigtsberger** (SPD), Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr, für das Einsetzen einer Enquete-Kommission aus. „Das ist für die Diskussion, die wir hier führen müssen und die überfällig ist, ganz besonders wichtig“, betonte er. Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt müssten ausführlich erfasst werden. Nur so könne das Land entsprechende Strategien entwickeln. Fest stehe: „Die Politik und die Kommunen werden dazu Partner benötigen.“ Dies seien Wohnungsunternehmen, die sich langfristig für ihre Immobilien engagierten. *bra*

Über gleich vier Diplomatenbesuche ...



... freute sich Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU, 2.v.r.). Er erörterte mit der amerikanischen Botschafterin Janice Weiner (l.) Fragen der Beziehungen zwischen NRW und den USA, mit dem französischen Generalkonsul Hugues Nordi (2.v.l.) die traditionell enge Partnerschaft zwischen Düsseldorf und Paris sowie mit dem türkischen Botschafter Ali Ahmet Acet (r.) und Generalkonsul Firat Sunel (2.v.r.) Fortschritte in der Integration.

Fotos: Schälte

Streit um staatliche Stromnetze

Foto: Schälte

Die Linksfraktion fordert die Landesregierung auf, dem Energieriesen RWE das Übertragungsnetz abzukaufen

11. November 2010 – Die Linksfraktion im Landtag befürwortet eine Verstaatlichung der Energienetze. Sie argumentiert, selbst Kartellamt und Bundesnetzagentur hätten kaum etwas gegen die gemeinsame Monopolstellung der vier großen Energieversorger ausrichten können, die Wettbewerb behinderten, zu wenig in ihre Stromnetze investierten und den Verbraucherinnen und Verbrauchern schaden. Aktuell plane RWE, bis zu 75 Prozent der Anteile seines Stromnetzbetreibers Amprion zu verkaufen. In einem Antrag (15/466) fordert die Fraktion daher die Landesregierung auf, ein mögliches Kaufangebot zu prüfen. Bei dem Vorschlag beruft sie sich auch auf die Landesverfassung.

Nur mit einer Vergesellschaftung der Energiekonzerne könne es gelingen, die Stromerzeugung wirksam zu dezentralisieren, schnellstmöglich auf erneuerbare Energien umzustellen und die Strompreise bezahlbar zu halten, begründete **Michael Aggelidis** (Linke) den Antrag seiner Fraktion. Außerdem fordere die nordrhein-westfälische Landesverfassung, monopolartige Unternehmen in Gemeineigentum zu überführen. Privatkapitalistische Eigner würden hohe Gewinne abschöpfen, aber nicht investieren. Aus diesem Grund solle und müsse das Land mit RWE über den Verkauf der Anteile von Amprion verhandeln.

Hendrik Wüst (CDU) hielt den Antrag für nicht sachgemäß. Um die Windparks in Nord- und Ostsee an den Verbrauch der Ballungsregionen anzubinden, brauche es 3.500 Kilometer Stromnetz. Auch bei den Regionalnetzen sei die Herausforderung groß: Statt eines bloßen Einbahnstraßensystems vom Erzeuger hin zu den Haushalten sei inzwischen ein System nötig, das in zwei Richtungen funktioniere und beispielsweise Fotovoltaik- oder Biogasanlagen einbinde. „Wenn wir Netzausbau ernsthaft wollen, dann brauchen wir finanzkräftige Investoren“, schloss der CDU-Politiker daraus. Dem verschuldeten Land fehle dazu das Geld.

Hinsichtlich der Frage des Eigentums machte sich **Rainer Schmeltzer** (SPD) keine Illusionen.

Wenn allein diese entscheidend wäre, müsste etwa Vattenfall, einer der vier Energieriesen, als schwedisches Unternehmen in komplett staatlicher Hand eine völlig andere Energie- und Unternehmenspolitik betreiben als RWE, E.ON oder EnBW, meinte er. Für wichtiger hielt der SPD-Sprecher daher Fragen etwa nach Unternehmenskonzepten, Geschäftsmodellen und Investitionsstrategien. Die SPD plädierte für eine deutsche Netz AG unter substanzieller staatlicher Beteiligung – eine Regulierung mit Raum für Investitionen und Innovationen.

Für entscheidend hielt **Wibke Brems** (Grüne) einen freien Marktzugang und einen fairen Wettbewerb. Beides sei nicht gegeben. Aus diesem Grund müssten Energieerzeugung und Netzbetrieb in Deutschland „absolut unabhängig“ voneinander betrieben werden. In diesem Punkt stimmte die Grüne dem Antrag der Linken zu, kritisierte aber die Forderung nach Enteignung. Zudem hörten Netze nicht einfach an Landesgrenzen auf; für sinnvoller hielt sie daher eine bundesweite Regelung. Wie ihr Vorredner schlug Brems eine intensive Befassung mit dem Thema im Fachausschuss unter Beteiligung von Sachverständigen vor.

Es gebe zwar einen enormen Investitionsbedarf, meinte **Dietmar Brockes** (FDP), falsch sei aber, dass die Netze wegen zu geringer Investitionen marode seien. Die Argumentation der Linken im-

pliziere, dass staatliche Infrastruktur in einem besseren Zustand sei als private. „Wie war das denn in der DDR?“, fragte Brockes. Der Staat sei nicht der bessere Banker, Handwerker oder Energieerzeuger. Der FDP-Sprecher befand es deshalb für gut, wenn RWE, E.ON und Vattenfall ihre Übertragungsnetze verkauften, denn ein neuer Betreiber wolle gut verdienen und werde daher für ein leistungstarkes Netz und hohe Effizienz sorgen.

Eine klimafreundliche Energieversorgung gelinge nur mit passenden Netzen, argumentierte **Umweltminister Johannes Rammel** (Grüne). Diesen fehlten aber derzeit die Voraussetzungen. Unterschwellig redeten die großen Versorger von einem „Verstopfen“ der Netze durch erneuerbare Energien, diskutiert werde sogar schon eine entsprechende Begrenzung. Abgesehen von einem daraus resultierenden Handlungsbedarf hielt Rammel vieles im Antrag der Linken für unklar. Er sprach sich aber dafür aus, ihn zum Anlass zu nehmen, um über einen Netzausbau, über die Netzstruktur und eine Stärkung der kommunalen Seite zu diskutieren. SOW

Der Antrag (Drs. 15/466) wurde einstimmig zur Fachberatung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie überwiesen, mitberaten soll der Haushalts- und Finanzausschuss. Eine endgültige Entscheidung über den Antrag soll der Wirtschaftsausschuss fällen.

Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

Das Steuer-Plus und seine Folgen

Abgeordnete diskutieren über Einsatz des unverhofften Geldsegens

11. November 2010 – Die gute Nachricht der vergangenen Wochen: Auch Nordrhein-Westfalen profitiert offenbar vom Wirtschaftsaufschwung und darf 2010 mit einem Steuer-Plus von mehreren Hundertmillionen Euro rechnen. Ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung? Darüber haben die Abgeordneten auf Antrag (Drs. 15/520) der CDU-Fraktion in einer Aktuellen Stunde diskutiert. Verbunden damit forderte die FDP in einem Eilantrag (Drs. 12/521), den Nachtragshaushalt mit seiner zusätzlichen Neuverschuldung von 2,3 Milliarden Euro zurückzuziehen.

Der Nachtragshaushalt sei eine „mutwillige Verschuldungssorgie“, warf **Christian Weisbrich** (CDU) der Regierung vor. Damit schädige Rot-Grün bewusst die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Seine Fraktion werde den Nachtragshaushalt deshalb sowohl politisch als auch rechtlich mit allen Mitteln bekämpfen – zumal dem Land nach der Steuerschätzung allein für 2010 ein Plus von 1,1 Milliarden Euro gegenüber dem aktuellen Haushaltsansatz zur Verfügung stehe. Die einzige richtige Konsequenz hieraus sei, so wie von anderen Bundesländern angekündigt, die Nettoneuverschuldung zu reduzieren. „Was Du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen“, ermahnte Weisbrich.

„Das ist eine ausgesprochen positive Entwicklung“, stellte der Fraktionsvorsitzende der FDP, **Dr. Gerhard Papke**, in Bezug auf das prognostizierte Steuer-Plus fest. Darauf müsse das Land nun reagieren. Doch während sämtliche andere Bundesländer sowie der Bund bereits angekündigt hätten, ihre Neuverschuldung zurückzufahren, wolle Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen diese um 35 Prozent weiter in die

Höhe treiben. „Das ist unverantwortlich“, kritisierte Papke und forderte die Regierung auf, von ihrem „Irrweg“ umzukehren. So sei beispielsweise die unter Schwarz-Gelb aufgestellte Risikovorsorge für die WestLB noch völlig ausreichend und müsse nicht aufgestockt werden.

Der Puffer bei der Rücklage sei aufgebraucht, entgegnete hingegen **Hans-Willi Körfges** (SPD). Deshalb sei es notwendig, in Sachen WestLB weitere Vorsorge zu treffen, um nicht von finanziellen Problemen überrascht zu werden. Körfges bezeichnete den Nachtragshaushalt als geeignetes Mittel, um einen klaren Schlussstrich unter die „desaströse“ Politik der Vorgängerregierung zu ziehen. So sei etwa die U3-Betreuung bisher chronisch unterfinanziert. „Wollen Sie tatsächlich, dass wir an der Stelle die Kommunen alleinlassen?“, fragte Körfges. Darüber hinaus bedeute das Steuer-Plus längst nicht, dass NRW bereits wieder das Steuerniveau von vor der Krise erreicht habe.

Niemand könne ernsthaft behaupten, bei der WestLB sei alles „in Butter“ und zusätzliche Vor-

sorge damit nicht nötig, sagte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne). Wer das tue, verkenne die tatsächliche Situation und steuere „voll auf den Eisberg zu“. Zudem kritisierte er sowohl CDU als auch FDP dafür, dass diese gegenüber der Regierung einen Millionen Euro schweren Wunsch nach dem anderen äußerten, sich gleichzeitig aber dagegen wehrten, dass NRW in einem Nachtragshaushalt neue Schulden aufnehme. Stattdessen sei Augenmaß angesagt, meinte Mostofizadeh: Dort sparen, wo es erforderlich sei, jedoch eben nicht dort, wo es um die Zukunft der Kinder im Land gehe.

Der CDU-Fraktion fehle nach wie vor „jede politische Peilung“, kritisierte **Rüdiger Sagel** (Linke). Mal wolle sie, dass der Nachtragshaushalt zurückgezogen, dann wieder, dass dieser geändert werde. Zudem beachteten CDU und FDP bei ihrer Argumentation nicht, dass während der schwarz-gelben Amtszeit der Schuldenberg um mehr als 20 Milliarden Euro angestiegen sei. „Das haben Sie übrigens als Haushaltskonsolidierung bezeichnet“, begegnete Sagel der Kritik von CDU und FDP an dem nun von Rot-Grün eingebrachten Nachtragshaushalt für 2010. Da die finanzielle Krise noch nicht überwunden sei, forderte Sagel: Das Land müsse vor allem etwas für seine Einnahmeseite tun.

CDU und FDP seien auf ihrer eigenen „Haushaltskosmetik“ der vergangenen Jahre ausgerutscht, kommentierte **Finanzminister Norbert Walter-Borjans** (SPD) deren Kritik. Sie berücksichtigten bei ihrer Verrechnung des prognostizierten Steuer-Plus mit dem Haushalt nicht, dass beispielsweise die Steuerschätzung im Mai 200 Millionen Euro unter den von Schwarz-Gelb veranschlagten Beträgen gelegen habe. „Sie verdrehen die Zahlen“, so der Finanzminister. CDU und FDP sprächen von zusätzlichen Einnahmen, die gar nicht da seien. Gleichzeitig betonte Walter-Borjans: Unter der Vorgängerregierung sei NRW beim Länderfinanzausgleich vom Geber- zum Nehmerland geworden. bra

Fotos: Schälte



Christian Weisbrich (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Hans-Willi Körfges (SPD)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Rüdiger Sagel (Linke)

Kampf magnetischer Stundenplan

Für die antragstellende FDP-Fraktion forderte Ingrid Pieper-von Heiden von der Landesregierung eine Jahresarbeitszeitregelung für Lehrkräfte. Hierbei müsse es sich um eine „umfassende, transparente, gerechte und flexible Regelung“ handeln. Mit dem Verweis auf die aus ihrer Sicht erheblichen Unterschiede im Arbeitsaufkommen verwies die FDP-Sprecherin auf das sogenannte Mindener Modell, das alle Tätigkeiten – Unterrichtszeit sowie Vor- und Nachbereitung – erfasse und über die Zuteilung von Zeitfaktoren mit unterschiedlicher Gewichtung fair anrechne. Profitieren würden zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer mit hohem Korrekturaufwand und großem schulischen Engagement, meinte Pieper-von Heiden.

Eine „Gerechtigkeitslücke“ sah auch Michael Solf (CDU) und verwies auf Unterschiede zwischen Fächern mit einem hohen und etwas weniger hohen Arbeitsaufwand durch Klassenarbeiten und Prüfungen. Der Schlüssel zur Lösung liege in der Differenzierung der Tätigkeiten und in der Regelung der Jahresarbeitszeit. Das Mindener Modell, das hier Abhilfe leisten könne, sei sofort einsetzbar. Dies könnten die zahlreichen Schulen, die eine Parallelrechnung der Arbeitszeit eingeführt hätten, uneingeschränkt bestätigen. Auf deren Erkenntnisse zurückgreifend solle die Landesregierung zügig die Rechtsgrundlagen für ein landesweites Jahresarbeitszeitmodell erarbeiten, forderte der CDU-Sprecher.

Der Antrag der FDP behandle ein wichtiges Thema, meinte auch Rüdiger Weiß (SPD). Lehrerinnen und Lehrer litten unter der ihnen zugemuteten Fülle von Aufgaben. Ihre Leistung, Lehrstoff zu vermitteln, gleichzeitig Verwaltungsfachleute und teils sogar Ersatzmutter oder Ersatzvater zu sein, fordere Respekt. Dieser Komplexität werde der vorliegende Antrag aber nicht gerecht. Keine ausreichende Antwort gebe er auf die Frage der Beanspruchung durch unterschiedliche Fächer. So sei unklar, wie deren Bewertungsfaktoren festgelegt würden, ohne dass neue Ungerechtigkeiten entstünden. Deshalb sei es richtig, dass anstelle eines umstrittenen jetzt ein neues Lehrerarbeitszeitmodell erarbeitet werde.

„In der Tat muss die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern neu betrachtet werden.“ Sigrid Beer (Grüne) verwies darauf, dass die Durchschnittswerte sämtlicher Lehrkräfte weit über der Jahresarbeitszeit im öffentlichen Dienst lägen, wobei die Lasten allerdings nicht gleich verteilt seien. Notwendig sei nun, verschiedene Modelle – darunter auch das so genannte Mindener Modell – im Detail miteinander zu vergleichen und zu diskutieren. Dies sollte in einer

Kommission geschehen, die im Dialog mit den Betroffenen neue Arbeitszeitmodelle entwickle, meinte die Grüne. Am Ende müsse ein landesweit einheitlicher Rahmen, ein auch politisch breit getragenes Modell stehen.

Gunhild Böth (Linke) kritisierte vor allem die ehemalige Landesregierung. Diese habe mit der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit, dem Zentralabitur, den flexiblen Eingangsklassen an Grundschulen, dem Ganzttag sowie den neuen Lehrplänen zu einer enormen Erhöhung der Lehrerarbeitszeit beigetragen. Die Idee, dass Lehrkräfte mit vielen Korrekturen stärker belastet seien sowie Klassenlehrerinnen und -lehrer andere Aufgaben und so Mehrarbeit hätten, sei dabei so alt wie Schule in Nordrhein-Westfalen. „Das Problem ist, dass die Möglichkeit, Lehrerinnen und Lehrer schulintern zu entlasten, immer weiter gekürzt worden ist“, forderte Böth eine vertiefte Debatte über Schulpolitik.

Für verfrüht hielt Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) die Übertragung des Mindener Modells auf ganz NRW. Jenes sei bislang erst an sieben Schulen erprobt und zudem noch nicht wissenschaftlich ausgewertet worden. Überdies lasse sich die Lehrerarbeitszeit nur zu einem Teil – nämlich im Unterricht – exakt messen. Löhrmann hielt es für wichtig, die verschiedenen Unterrichtsfächer nicht gegeneinander auszuspielen. Notwendig sei ein Arbeitszeitmodell, mit dem die Lehrkräfte alle anfallenden Aufgaben erfüllen könnten – ohne Überschreitung des Jahresarbeitszeitsolls. Dies müsse eine Kommission sorgfältig vorbereiten. Löhrmann lud den gesamten Landtag zur Mitwirkung ein.

Der Antrag (Drs. 15/481) wurde einstimmig an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur abschließenden Beratung und Abstimmung überwiesen.

Nicht nur die Unterrichtsstunden zählen

Fraktionen wollen mehr Gerechtigkeit bei der Lehrerarbeitszeit – aber wie?

10. November 2010 – Lehrerinnen und Lehrer vermitteln Wissen. Die verschiedenen Schulfächer allerdings hinsichtlich der Arbeitszeit alle über einen Kamm zu scheren, hieße, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Bis zu diesem Punkt waren sich die Fraktionen im Düsseldorfer Landtag einig. Das Zauberwort hin zu mehr Gerechtigkeit in der Bewertung heißt „Jahresarbeitszeitregelung“. Wie diese nun aber genau erfolgen soll, darüber gab es politischen Streit.

Hilfe für Kommunen, aber wie?

Sondersitzung: Fraktionen einig im Ziel, uneinig über den Weg

29. Oktober 2010 – Die Finanzlage der Kommunen ist bedrohlich. Darüber waren sich bei einer Sondersitzung des Landtags Abgeordnete aller Couleureinig. Genauso darüber, dass etwas getan werden muss. Dissens gab es jedoch bei der Frage, wie mögliche Hilfen finanziert werden sollen: mit oder ohne neue Schulden.

„Die Lage ist dramatisch“, beschrieb Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die finanzielle Situation der Kommunen. Angesichts zunehmender Verschuldung bräuchten sie so schnell wie möglich Hilfe. Ihre schwierige Lage habe strukturelle Ursachen, auf die die Kommunen selbst wenig Einfluss hätten: stetig steigende Sozialausgaben, die Übertragung neuer Aufgaben ohne entsprechende finanzielle Ausstattung oder die Beteiligung der Kommunen am Solidarpakt Ost. Deshalb plane die Landesregierung noch mit dem Nachtragshaushalt 2010 eine 300 Millionen Euro-Soforthilfe, mit dem Landeshaushalt 2011 wolle sie anschließend einen „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ umsetzen.

„Unsere Kommunen sind gelebte Demokratie“, unterstrich auch Karl-Josef Laumann (CDU) die Bedeutung der Städte und Gemeinden. Deshalb habe Schwarz-Gelb die finanziellen Leistungen des Landes an die Kommunen in den vergangenen fünf Jahren regelmäßig erhöht. Trotzdem gehe es den Kommunen wegen grundsätzlicher Probleme finanziell schlecht. Laumann plädierte dafür, zunächst über eine andere Verteilung der Lasten zwischen Kommunen, Land und Bund die Ursachen der hohen Verschuldung zu beseitigen und danach finanzielle Hilfen zu gewähren. Diese dürften jedoch nicht „auf Pump“ finanziert werden, kritisierte der CDU-Sprecher die Vorlage der Landesregierung.

„Eine kommunale Selbstverwaltung ist vielerorts so gut wie gar nicht mehr möglich“, konstatierte



Fotos: Schälte

auch Norbert Römer (SPD). Nur sechs Großstädte in NRW hätten weder ein Haushaltssicherungskonzept noch eine vorläufige Haushaltsführung. Die gute Botschaft der Sondersitzung sei deshalb: „Wir helfen unseren Kommunen schnell und nachhaltig.“ Römer forderte, gemeinsam Lösungen für die „klammen“ Kassen zu finden. Zwar müsse jede Stadt für sich ihren eigenen Haushalt konsolidieren – jedoch unterstützt durch das Land. So werde die von der neuen Landesregierung geplante Soforthilfe den Städten dabei helfen, verlorengegangene Handlungsspielräume wiederzugewinnen.

Die Städte trieben in eine Situation hinein, in der sie nicht mehr handlungsfähig seien, so der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Reiner Priggen. Insbesondere lobte er die CDU für ihre Kursänderung. „Die Aussage: ‚Der Staat braucht mehr Steuern‘ habe ich in den letzten fünf Jahren

nicht gehört“, sagte Priggen in Richtung Laumann. Entscheidend sei die Erkenntnis, dass es sich bei den Finanzproblemen der Städte um strukturelle Probleme handle, die diese nicht einfach durch eine andere Haushaltsführung und großen Sparwillen lösen könnten. Priggen forderte deshalb grundsätzliche Änderungen, vor allem eine andere Lastenverteilung gegenüber dem Bund.

Der eingeschränkte kommunale Handlungsspielraum wirke sich entscheidend auf die Le-

bensqualität vor Ort aus, betonte Dr. Gerhard Papke (FDP). Vor allem die stetig wachsenden Sozialausgaben stellten für die Städte eine nicht mehr tragbare Belastung dar. Der Bund beteilige sich an diesen Kosten kaum. „Das darf so nicht bleiben“, kritisierte der FDP-Fraktionsvorsitzende. Die Kommunen müssten erstens durch den Wegfall überflüssiger Bürokratie und überzogener Standards, zweitens durch finanzielle Unterstützung entlastet werden. Diese müsse aber, so forderte die FDP-Fraktion, zum Beispiel durch Einsparungen an anderer Stelle gegenfinanziert werden.

„Die finanzielle Situation in den Kommunen in NRW ist in der Tat eine Katastrophe“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende der Linken, Wolfgang Zimmermann. Allein in diesem Jahr kämen die Städte auf ein strukturelles Defizit von insgesamt 15 Milliarden Euro. Schuld an der prekären Lage sei vor allen Dingen die falsche Steuerpolitik der vergangenen Jahre. Damit Kommunen wieder mehr als ihre Pflichtaufgaben erfüllen könnten, forderte Zimmermann unter anderem, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer umzubauen, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, eine gerechtere Erbschaftssteuer sowie ein umfassendes Entschuldungs- und Investitionsprogramm.

cw/bra



Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde ein gemeinsamer Antrag von CDU, SPD und Grünen „Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen handlungs- und zukunftsfähig bleiben“ (Drs. 15/435) bei Enthaltung von FDP und Linken angenommen.

Stimmen zur Schulreform

Sachverständige bewerten Kopfnoten, Grundschulgutachten, Mitbestimmung und Schulbezirke

3. November 2010 – Unter die Lupe genommen haben 24 Sachverständige einen Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Grünen. Diese planen, die derzeitigen Kopfnoten und die verbindlichen Grundschulgutachten abzuschaffen und gleichzeitig die Mitbestimmung in der Schule zu erhöhen. Auch sollen Kommunen wieder die Möglichkeit bekommen, verbindliche Grundschuleinzugsbezirke einzuführen. Die Linksfraktion hat zu denselben Aspekten eigene Gesetzentwürfe eingebracht, die in dieselbe Richtung zielen. Gemeinsam hatten der Schul- und der Kommunalausschuss (Vorsitz Wolfgang Große Brömer bzw. Carina Gödecke, beide SPD) zu der öffentlichen Anhörung eingeladen.

„KOPFNOTEN“

Aus Ziffernoten lasse sich nicht ableiten, wo Veränderungsbedarf bestehe, meinte Jutta Endrusch vom Verband Bildung und Erziehung. Benedikt Haumer, der für die Landes-schülerInnenvertretung NRW sprach, hielt es für sinnvoller, von Lehrkräften direkt angesprochen zu werden. Kopfnoten am Ende des Halbjahres seien oft nicht nachvollziehbar. Kopfnoten hielt Monika Landgraf von der Landeselternkonferenz NRW für Stolpersteine in der Pubertät: „Sie bleiben auf dem Zeugnis stehen, aber die Jugendlichen entwickeln sich weiter.“ Aus Sicht der Wirtschaft argumentierten Sabine Mayer und Andreas Oehme und betonten hingegen, dass eine Bewertung und Dokumentation der Sozialkompetenzen von Bewerberinnen und Bewerbern für die Betriebe sehr hilfreich seien. Zudem eröffneten gute Kopfnoten die Chance auf einen Ausbildungsplatz trotz schlechterer Fachnoten. Einige Sachverständige kritisierten, dass es den Schulen künftig freigestellt werden soll, Kopfnoten zu vergeben. Ganz oder gar nicht, meinte etwa Elke Vormfenne als Vertreterin der Lehrkräfte an Wirtschaftsschulen. Wie Ilona Dubalski-Westhof, die den Verein katholischer Lehrerinnen vertrat, verlangten weitere Sachverständige außerdem einen verbindlichen Kriterienkatalog, um Kopfnoten landesweit vergleichbar zu machen. Zudem müssten sie durch detaillierte Förderempfehlungen ergänzt werden, forderte Dr. Uwe März von der Landeselternschaft der Gymnasien. Kadir Daglar von der Föderation Türkischer Elternvereine plädierte für Fuß statt Kopfnoten und wollte diese auf zwei beschränken.

MITBESTIMMUNG

Zu welchen Anteilen Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler in der Schulkonferenz ver-

treten sein sollen, wurde ebenfalls kontrovers diskutiert. Bisher haben Lehrkräfte die Hälfte aller Stimmen, künftig soll die Schulkonferenz aus drei gleich großen Gruppen bestehen. Peter Silbernagel vom Philologenverband NRW kritisierte die Pläne: Die Verantwortung der drei Gruppen sei zwar gleichwertig, aber nicht gleichartig. Aus Sicht der Berufskollegs berichtete Heinz Gottmann, die Identifikation der Jugendlichen mit der Schule halte sich in Grenzen, da diese nur ein bis zwei Jahre dort seien. Zudem werde die geplante Struktur der Fachkompetenz der Lehrkräfte nicht gerecht, argumentierte Konrad Großmann von der Rheinischen Direktorenvereinigung. Rainer Dahlhaus von der Schulleitervereinigung der Gesamtschulen sah kein Problem darin, auch Laien Entscheidungskompetenz einzuräumen. „Die Schulkonferenzen sind die Paramente der Schulen“, sagte er im Landtag. Er hielt es für vorteilhaft, dass Mehrheiten nicht von vornherein feststünden und um die besten Argumente gerungen werden müsse. Mit fachkompetenten Argumenten ließen sich Eltern durchaus überzeugen, bekräftigte Martin Depenbrock von der Landeselternschaft der Grundschulen.

SCHULEMPFEHLUNGEN

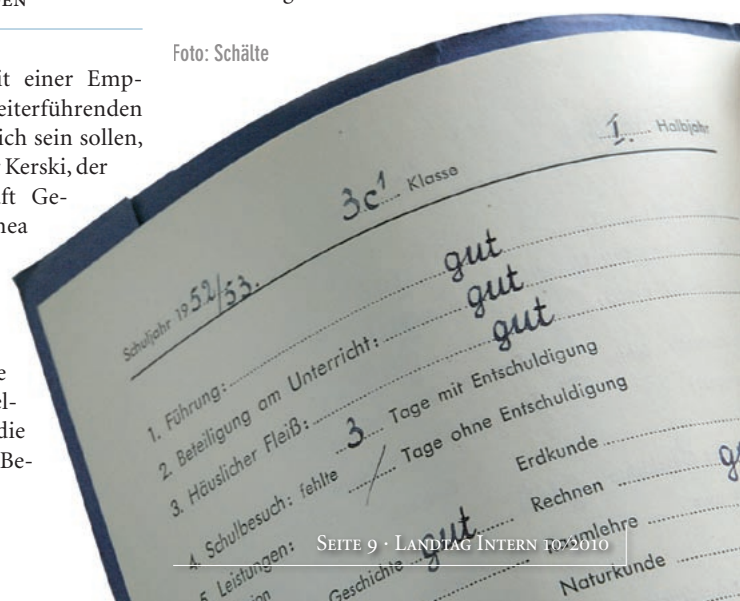
Dass Grundschulgutachten mit einer Empfehlung zu einer bestimmten weiterführenden Schulform nicht mehr verbindlich sein sollen, begrüßte unter anderem Werner Kerski, der die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule NRW vertrat. Dorothea Schäfer von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hielt es für noch konsequenter, die Gutachten gänzlich abzuschaffen. Dies unterstützte Joachim Miekisch vom Landeselternrat der Gesamtschulen. An die Stelle sollte ein verpflichtendes Be-

ratungsgespräch der Eltern treten, schlug er vor und forderte hierfür landeseinheitliche Vorgaben. Anderer Meinung war Brigitte Balbach von der Organisation „Lehrer NRW“, die in einer frühen Selektion einen Bestandteil der individuellen Förderung sah und Aufnahmeprüfungen an weiterführenden Schulen vorschlug. Auch Dubalski-Westhoff problematisierte, den Eltern fehlten oft Objektivität und Distanz bei der Entscheidung zur weiterführenden Schule für ihr Kind. Eine Abschaffung der verbindlichen Grundschulgutachten gefährde daher das Wohl der Kinder und entziehe den Lehrkräften das Vertrauen.

GRUNDSCHULBEZIRKE

Die Möglichkeit für Kommunen, wieder Grundschulbezirke einzuführen, begrüßten viele Fachleute, darunter Dr. Matthias Menzel als Vertreter der Städte und Gemeinden. Für Gemeinden, die eine Zwergschule am Standort halten wollten, sei dies eine Chance. Allerdings sei auch die Freiwilligkeit einer so aufwändigen Strukturänderung wichtig, erklärte er. Margret Rössler von der Schulleitervereinigung NRW lobte die geplante Änderung ebenfalls. Schulbezirke hielt sie für ein Instrument der Integration und auch der Inklusion, was ein gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen bedeutet. Kurze Wege für kurze Beine erachtete auch Depenbrock für sinnvoll, wehrte sich aber gegen eine Beschneidung des Elternwillens. Solange es gravierende Qualitätsunterschiede zwischen Schulen gebe, dürften Kinder nicht in eine qualitativ schlechtere Schule gezwungen werden. Besorgt zeigte sich auch Martin Schulte, der die Interessen von Eltern hochbegabter Kinder vertrat. Eine wohnortnahe und zugleich den kindlichen Bedürfnissen angemessene Schule sei kaum in allen Fällen vorhanden. Er wünschte sich daher eine Ausnahmeregelung für hochbegabte Kinder, damit ihre Eltern nicht an etwaige verbindliche Grundschuleinzugsbezirke in ihrer Kommune gebunden seien. *sow*

Foto: Schälte



Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Prof. Dr. Dr.
Thomas Sternberg
(CDU)



Sören Link (SPD)



Das A und O bei der Bildung ist die individuelle Förderung. Diese kann am besten erreicht werden durch ...

... ein vielfältiges Schulangebot, sodass Eltern für ihre Kinder mit den unterschiedlichsten Begabungen und Interessen die richtige Schule auswählen können.

... bessere Rahmenbedingungen an allen Schulen in NRW. Deshalb setzen wir auch auf die Gemeinschaftsschule. Hier können alle Kinder in kleineren Lerngruppen länger gemeinsam lernen. Im Ganztagsbetrieb gefördert haben alle Schülerinnen und Schüler die Chance auf den jeweils bestmöglichen Schulabschluss.

Engagierte Eltern bereichern die Schule. Sinnvolle Grenzen des Elternwillens sehe ich ...

... wenn deutlich wird, dass Eltern ihre Kinder durch zu ehrgeizige Entscheidungen überfordern.

... da, wo staatliche Verantwortung greift oder die professionelle Arbeit der Lehrkräfte gefordert ist. Ansonsten wollen wir den Elternwillen stärken. Deshalb werden wir die verbindlichen Grundschulgutachten abschaffen und die Drittelparität in den Schulkonferenzen wieder herstellen.

Schulen sind auch Orte zum Erlernen von Sozialkompetenz. Eine Rückmeldung über Lernerfolge in diesem Bereich sollte geschehen durch ...

... aussagekräftige Hinweise zum Sozial- und Arbeitsverhalten auf den Jahreszeugnissen.

... unmittelbare Rückmeldungen durch Lehrerinnen und Lehrer im Schulalltag. Auf den Zeugnissen soll dies – da wo vor Ort gewünscht – durch schriftliche Rückmeldungen zum Arbeits- und Sozialverhalten geschehen. Die bisherigen Kopfnoten haben sich als untauglich erwiesen, da man das individuelle Sozialverhalten eines einzelnen Schülers nicht in starre Noten pressen kann.

Kritiker beklagen einen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg. Das beste Rezept dagegen ist aus meiner Sicht ...

... individuelle Förderung in differenzierten Bildungsgängen an begabungs-, leistungs- und interesselgerechten Schulen.

... die Kombination aus früher und individueller Förderung. Wir wollen dies vor allem durch den schrittweise kostenlosen Kindergartenbesuch erreichen und durch mehr Qualität bei frühkindlicher Förderung. Längeres gemeinsames Lernen wird dafür sorgen, dass die bisherige Aufteilung von Kindern auf verschiedene Schulformen bereits nach Klasse 4 aufhört.

Bildung kostet Geld. Die Beteiligung der Studierenden an der Finanzierung der Hochschulen über Studiengebühren ist ...

... gesamtgesellschaftlich sinnvoll, wenn das Studiengeldsystem – wie in NRW – sozialverträglich gestaltet ist.

... sozial ungerecht. Studiengebühren halten insbesondere Schülerinnen und Schüler aus sozial schwächeren Haushalten vom Studium ab. Deshalb schaffen wir die Studiengebühren in NRW bereits 2011 wieder ab. Wir treten für gebührenfreie Bildungsangebote ein – vom Kindergarten bis zur Hochschule. Bildung ist keine Ware – sondern ein öffentliches Gut!

Diesmal geht es um Schule und Bildung.

Sigrid Beer (Grüne)



Ingrid Pieper-von Heiden
(FDP)



Gunhild Böth (Linke)



... einen grundlegenden Perspektivwechsel. Das Kind muss nicht zur Schulform passen, sondern die Schule muss alles tun, um die Potenziale des Kindes zu entwickeln. Guter Unterricht, der zum eigenständigen Lernen befähigt, und eine unterstützende Schulstruktur, die Chancen öffnet, bilden das Fundament.

... kleinere Klassen, konsequente Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer und differenzierten Unterricht, in dem die Kinder auf unterschiedlichen Leistungsebenen entsprechend unterrichtet werden.

... ein ausreichend finanziertes Bildungssystem, das bereits im Kindergarten beginnt und auch nach der Berufsausbildung nicht endet, weil alle Menschen Weiterbildung brauchen. Die Einstellung von zusätzlichem, qualifiziertem Personal ist hierbei unabdingbar.

– Die Aufgabe ist eine andere! Eltern können ihre Kompetenzen einbringen und Eltern können Unterstützungsbedarf haben. Grundsätzlich müssen Eltern in Schulen wirklich willkommen sein, mitmachen und mitbestimmen dürfen. Das Vertrauen zwischen Elternhaus und Schule muss hergestellt werden! Daran fehlt es vielerorts.

..., wenn im Einzelfall ein Kind nach pädagogischer Einschätzung an der von den Eltern geforderten Schulform völlig überfordert wäre und dort scheitern würde. In Regierungsverantwortung der FDP wurde deshalb das Grundschulgutachten mit der Möglichkeit des Prognoseunterrichts eingeführt.

... wenn ein Mangel an Schulangeboten zu Konkurrenz unter den Eltern führt, d. h. die Auswahl der Schule nach dem Geldbeutel bestimmt wird. Diesem Problem könnte durch die Einrichtung eines flächendeckenden Gesamtschulangebots leicht Abhilfe geschaffen werden.

... Lernentwicklungsberichte, die die Kompetenzen beschreiben und Rückmeldung geben zur Weiterentwicklung. Die zu erreichenden sozialen und personalen Kompetenzen müssen transparent und klar beschrieben sein. Wo und wie diese Kompetenzen in der Schule gelernt werden, macht das Schulcurriculum deutlich.

... einen ständigen Gesprächsfaden zwischen Lehrern, Eltern und Schülern sowie die Beibehaltung der von Schwarz-Gelb eingeführten und von einer großen Mehrheit geschätzten Noten für das Arbeits- und Sozialverhalten.

... Gespräche zwischen Schüler/-innen und Lehrkräften. Die Kopfnoten hingegen zwingen Schüler/-innen zur Anpassung, denn meist werden Kinder nicht nach den Sozialkompetenzen bewertet, sondern ob sie „pflégeleicht“ sind.

– Es geht nicht um Rezepte. Eine konsequente und systematische Förderung muss in der Elementarbildung beginnen und in der Schule weitergeführt werden. Besonders das Sortieren der Kinder im gegliederten Schulsystem bewirkt, dass sich soziale und ethnische Herkunft auf die Bildungschancen auswirken.

... individuelle Förderung und frühkindliche Bildung. FDP und CDU haben die Sprachförderung gestärkt und Sprachtests für 4-Jährige eingeführt. Im Schulgesetz ist individuelle Förderung verankert. Schulen in sozial schwierigem Umfeld sind von uns durch den Sozialindex mit zusätzlichen Stellen unterstützt worden.

... „Eine Schule für alle“, in der alle Kinder mit ihren Stärken und Schwächen angenommen und gefördert werden. Bildungsgerechtigkeit kann nur stattfinden, wenn Kinder nicht nach ihren familiären Defiziten sortiert werden.

... aber nicht der richtige Weg, um Bildungsinvestitionen zu erhöhen. Die internationalen Erfahrungen zeigen, dass sich der Staat dann eher weiter zurückzieht. Zudem erhöhen Gebühren die Zugangsschranken. Die Angst vor Schulden schreckt Studienberechtigte ab. Einen Job nebenbei lassen Bachelor/Master kaum zu.

... richtig und für die Qualität des Studiums unverzichtbar. Schwarz-Gelb hat die Studienbeiträge sozialverträglich ausgestaltet und dafür gesorgt, dass die Mittel direkt in Lehre, Ausstattung und Forschung fließen. Diese Erregenschaften werden von Rot-Grün massiv gefährdet.

... unsozial! Sicherlich sollten gut verdienende Akademiker/-innen der Gesellschaft etwas zurückgeben; das regelt eine gerechte Steuerpolitik. Mit einer angemessenen Vermögensteuer wäre die Finanzierung der Hochschulen kein Problem.

Schulstruktur: Eine für alle?

Zwischen früher Differenzierung und längerem gemeinsamen Lernen

24. November 2010 – Länger gemeinsam die Schulbank drücken: Dies ist das erklärte Ziel der rot-grünen Landesregierung. Erst kürzlich hat Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) in einem Modellversuch die erste Gemeinschaftsschule in Ascheberg genehmigt. Große Teile der Opposition hingegen wehren sich gegen eine solche Lernstruktur. „Schulvielfalt erhalten – Keine Einheitsschule für NRW“, fordert etwa die FDP-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/21). Auf dieser Grundlage haben am Mittwoch Fachleute im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) über das Für und Wider von Gemeinschaftsschulen diskutiert.

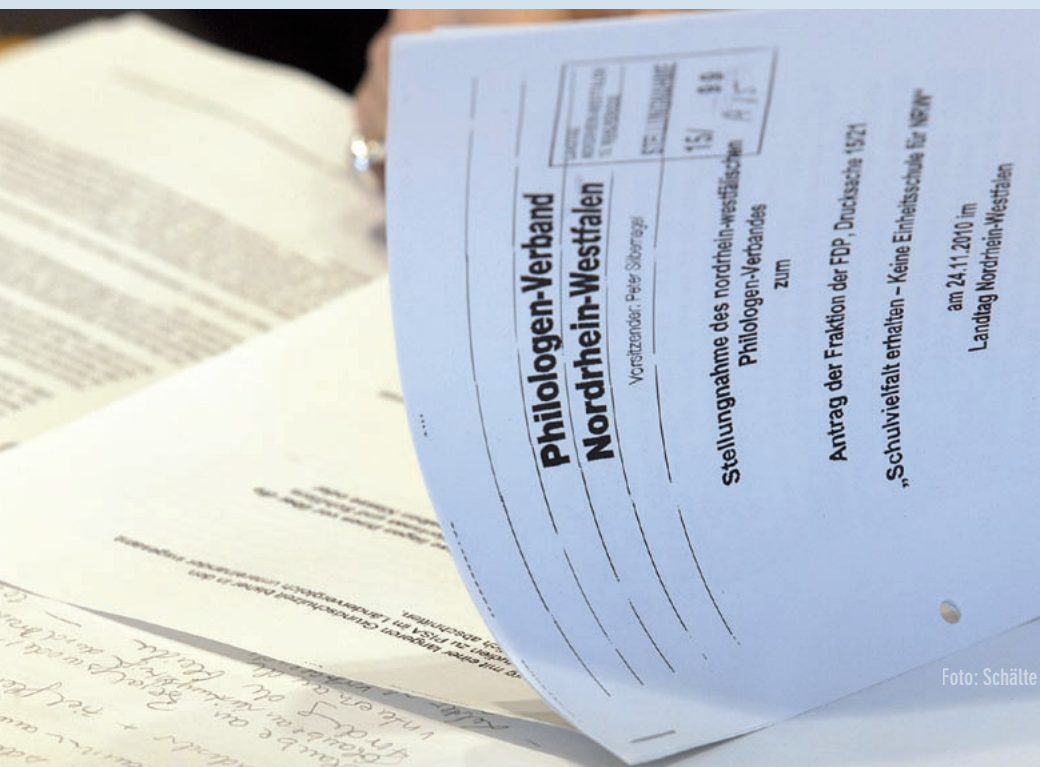


Foto: Schälte

Weniger Schüler, sinkende Akzeptanz der Hauptschulen, verändertes Wahlverhalten der Eltern: Diese Herausforderungen müssten Schulen in den kommenden Jahren meistern, so die Prognose zahlreicher Sachverständiger. „Wir können nicht den Kopf in den Sand stecken und so tun, als gebe es keinen Handlungsbedarf“, betonte Udo Beckmann vom Verband Bildung und Erziehung NRW. Schulen sollten die Möglichkeit erhalten, sich weiterzuentwickeln. Den Modellversuch von Rot-Grün begrüße er deshalb ausdrücklich, genauso wie Eberhard Kwiatkowski von der Landeselternkonferenz NRW: „Viele Eltern sind mit dem Schulsystem, wie es ist, nicht zufrieden.“ Darüber hinaus forderte Dr. Matthias Menzel vom Städte- und Gemeindebund NRW, Paragraph 83 des Schulgesetzes zu überarbeiten: Gymnasien dürften nicht von organisatorischen Zusam-

menschlüssen unterschiedlicher Schulformen ausgeschlossen sein.

„Wir müssen uns anders aufstellen“, forderte auch Dorothea Schäfer von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW, warnte jedoch genauso wie Klaus Hebborn vom Städtetag NRW vor ideologischen Kämpfen. Wer in der Debatte mit Begriffen wie „Einheitsschule“ um sich werfe, diene niemandem. Entscheidend sei vielmehr, dass die soziale Herkunft nicht länger über den Bildungserfolg bestimmen dürfe, so Schäfer. Insgesamt erreiche das derzeitige Schulsystem nicht das eigentliche Ziel, nämlich ähnliche Leistungen ohne große Ausreißer, kritisierte Prof. Dr. Gabriele Bellenberg von der Ruhr-Universität Bochum. Zudem sei es ein Trugschluss, dass die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler separiert in Gymnasien auch besser lernen

würden. „Je heterogener eine Lerngruppe, desto förderlicher für alle“, bestätigte Prof. Susanne Thurn, Leiterin der Laborschule des Landes NRW. Dabei komme es darauf an, dass „pädagogische Schulen“ entstünden, in denen die individuellen Probleme der Kinder nicht außen vor blieben.

BESTMÖGLICHE FÖRDERUNG

Es gebe keinen „seriösen Beleg“ dafür, dass längeres gemeinsames Lernen mehr Bildungserfolg bringe, entgegnete hingegen Prof. em. Dr. Kurt Heller vom Zentrum für Begabungsforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München. „Die Prognosefähigkeit ist nach der vierten Klasse nicht schlechter als nach der sechsten.“ Stattdessen hielt er daran fest, dass ein effektives Bildungssystem nur durch strukturelle Differenzierung von außen möglich sei. Genauso wie Brigitte Balbach vom Verband Lehrer NRW: „Das ist für uns ein erster Schritt individueller Förderung.“ Längeres gemeinsames Lernen wirke sich nachteilig sowohl auf Leistungsstarke als auch Leistungsschwache aus. Hinzu komme: Die Gesellschaft werde selektieren müssen. Wenn nicht in der Schulzeit, dann später an den Universitäten. Eine Gemeinschaftsschule schiebe die „Auslese“ lediglich zeitlich nach hinten. Auch Peter Silbernagel vom Philologen-Verband NRW wies darauf hin, dass sich aus der frühen Differenzierung nicht alles Defizitäre ableiten lasse. Gleichzeitig verteidigte er die Schulform der Gymnasien. Ein gymnasialer Zweig innerhalb einer Gemeinschaftsschule sei kein adäquater Ersatz.

Weniger die bestehende äußere Schulstruktur als vielmehr mangelnde Didaktik innerhalb von Schulen sei das Problem, konstatierte Prof. Dr. Matthias Rath von der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Aus wissenschaftlicher Sicht könne er keinen Zwang für eine bestimmte Schulgliedrigkeit ableiten. Gute Didaktik komme allerdings nicht ohne innere Differenzierungen aus: „Wer fördern will, muss differenzieren, und das schon in den Klassen.“ Äußere Strukturen könnten da lediglich unterstützend wirken. Ähnlich warnte Prof. Dr. i. R. Klaus Klemm von der Universität Duisburg-Essen davor, leichtfertig monokausale Zusammenhänge zwischen Struktur und Bildungserfolg herzustellen. Wer die Gemeinschaftsschule einführe und glaube, damit sei alles gelöst, liege falsch: „Das ist eine Variable neben vielen anderen.“

bra



Foto: Schälte

Pro und Contra Nachtragshaushalt

Anhörung zeigt unterschiedliche Positionen von Fachleuten

28. Oktober 2010 – Ist der Nachtragshaushalt verfassungsgemäß, dient er zur Überwindung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts? Ist es richtig, den Kommunen jetzt finanziell zur Seite zu springen, auch wenn das Land dafür gegebenenfalls Schulden aufnehmen muss? Und soll man Rücklagen bilden, die man selber über Kredite finanzieren muss? Drei Themenbereiche, zu denen in einer Anhörung des Haushaltsausschusses (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) durchaus unterschiedliche Stellungnahmen zu hören waren.

„Für die Kommunen ist das Land in primärer Verantwortung.“ Prof. Dr. Martin Junkernheinrich (Technische Universität Kaiserslautern) warnte davor, die Finanzprobleme der Städte und Gemeinden auf die lange Bank zu schieben. Es werde umso teurer, je später man sie anpacke. Zusammenkommen müssten drei Faktoren: Konsolidierungsanstrengungen der Kommunen selbst, Hilfen des Bundes zum Abbau der Belastung durch Sozialausgaben und Finanzhilfen der Länder. Insofern sei es richtig, so Junkernheinrich, dass sich das Land im Nachtragshaushalt diesem Problem widme. Damit unterstützte er die Position der kommunalen Spitzenverbände, vertreten durch Dr. Dörte Diemert und Claus Hamacher. Deren Position: Die schlechte Finanzlage der Städte und Gemeinden sei ein strukturelles Problem, kein konjunkturelles. Aber es könne – über verringerte Investitionen – auch konjunkturelle Wirkungen entfachen. Insofern sei es richtig gewesen, insbesondere durch die Förderung der kommunalen Investitionstätigkeit gegen die Wirtschaftskrise vorzugehen. Und genauso sei es ein richtiger Schritt, dass der Nachtragshaushalt des Landes nunmehr zusätzliche Mittel in Höhe von 300 Millionen Euro für die Kommunen vorsehe. Diese hätten häufig keine finanziellen Spielräume mehr, und auch das gegenwärtige Wirtschaftswachstum bedeute für ihre prekäre Lage „keine signifikante Trendwende“, erklärte Hamacher.

Vom Grundsatz her anders sah dies eine Reihe von Experten, die die Verfassungsmäßigkeit des Nachtragshaushalts grundsätzlich in Zweifel zogen. Prof. Dr. Christoph Gröpl (Universität des Saarlandes) stellte fest: Aus seiner Sicht habe zum Zeitpunkt der Einbringung des Nachtragshaushaltsentwurfs am 21. September 2010 keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorgelegen. Vielmehr zeigten alle konjunkturellen Zeichen in Richtung Aufschwung. Damit fehle eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Nachtragshaushalt gegen die verfassungsmäßigen Vorgaben bezüglich der Kreditobergrenze verstoßen dürfe. In die gleiche Richtung argumentierte auch Dr. Henning Tappe (Westfälische Universität Münster), der ausführte, bei einem Änderungsgesetz zum Stammhaushalt 2010 müssten alle Regeln des ursprünglichen Haushalts angewandt werden. Dies gelte im Übrigen auch für die nun vorgesehenen Mehrausgaben zugunsten der Städte und Gemeinden.

SCHICKSALSGEMEINSCHAFT

„Land und Kommunen bilden eine Schicksalsgemeinschaft“, wandte Hermann Rappen vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung ein. Das Land brauche leistungsfähige Kommunen, daher sei die Hilfe zur Überwindung deren „relativ dramatischer Lage“ keine konjunkturpolitische Maßnahme. Andererseits dürfe man natürlich die strukturellen Defizite des Einen nicht zu Lasten struktureller Defizite des Anderen lösen.

„Es gibt eine gesamtwirtschaftliche Störung“, widersprach Prof. Dr. Gustav Horn vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung seinen Kollegen Gröpl und Tappe. Er verwies darauf, dass 2009 der dramatischste Einbruch seit dem 2. Weltkrieg erfolgt sei; die Produktion sei um 4,7 Prozent eingebrochen (zum Vergleich: im bisherigen „Rekordkrisenjahr“ 1975 um 0,9 Prozent). Im Durchschnitt des kommenden Jahres werde gerade einmal das Produktionsniveau von Ende 2007 erreicht. Die gegenwärtig guten Daten bedeuteten also lediglich, dass sich die Störung abschwäche, aber nicht, dass sie überwunden sei. Dass die Krise nicht stärker auf dem Arbeitsmarkt durchgeschlagen habe, sei nicht zuletzt den Interventionen des Staates zu verdanken. Auf diesem Weg müsse man zur Stützung der sich erholenden Wirtschaft weitergehen. Daher bedeute der vorliegende Nachtragshaushalt einen Schritt in die richtige Richtung.

Dass eine vom Regelfall abweichende, besondere Konstellation vorliege, konstatierte mit Blick auf die WestLB auch Prof. Dr. Johannes Hellermann (Universität Bielefeld). Das Land habe nun einmal Garantien übernommen; wenn man jetzt keine ausreichende Vorsorge treffe, müsse man ggf. später die notwendigen Mittel zuschießen.

cw

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Anhörung Anfang 2011	15/135	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Anhörung am 9.2.2011 Beratung am 16.3.2011 2. Lesung im März/April 2011
15/474	Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Ausschussberatung im Januar 2011	15/97	Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen, LR, – Studiengebühren –	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	weitere Beratung 17.12.2010
15/465	Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren, Linke	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung geplant	15/37	Gesetz zur Einführung der Grundschuleinzugsbezirke, Linke, i. V. m. Drs. 15/24	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	siehe Drs. 15/24
15/444	Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr	Ausschussberatung am 9.12.2010	15/36	Gesetz zur Aufhebung der verbindlichen Grundschulgutachten, Linke, i. V. m. Drs. 15/24	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	siehe Drs. 15/24
15/443	Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Abschließende Beratung 9.12.2010, ggf. Plenum 15./16.12.2010	15/29	Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, Linke, i. V. m. Drs. 15/24	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	siehe Drs. 15/24
15/215	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen, SPD und Grüne – ARGEN –	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Abschließende Beratung im Ausschuss am 8.12.2010, 2. Lesung vorauss. 15./16.12.2010	15/28	Gesetz zur Abschaffung der Kopfnoten an Schulen, Linke, i. V. m. Drs. 15/24	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	siehe Drs. 15/24
15/207	Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Beschlussempfehlung am 9.12.2010 2. + 3. Lesung: 15./16.12.2010	15/27	Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindewirtschaftsrechts, SPD und Grüne – Kommunen als Unternehmer –	Ausschuss für Kommunalpolitik	Abschließende Beratung 10.12.2010
15/200	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2010, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung 6.12.2010 Beschlussempfehlung am 9.12.2010 2. + 3. Lesung: 15./16.12.2010	15/24	Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land NRW, SPD und Grüne – Kopfnoten, Mitbestimmung, Grundschulgutachten und Grundschulbezirke –, i. V. m. Drs. 15/28, 15/29, 15/36, 15/37	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Beratung 2.12.2010, 2. Lesung 15./16.12.2010

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 10.-12. November 2010 entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
15/143	Gesetz zur Änderung des Bürokratieabbaugesetzes I	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 10.11.2010	angenommen
15/98	Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 10.11.2010	angenommen
15/15	Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Zensusgesetz 2011 (Zensusgesetz 2011 – Ausführungsgesetz NRW)	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 10.11.2010	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Foto: Schälte

Grenzen kommunalen Wirtschaftens

Im Fokus der Anhörung stand die Angebotspalette der Stadtwerke

5. November 2010 – Fünf Stunden, zwei Ausschüsse und knapp 30 Fachleute: In einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik (Vorsitz Carina Gödecke, SPD) und dem für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU) haben Sachverständige aus Kommunen, Wirtschaft, und Wissenschaft über einen Gesetzentwurf von SPD und Grünen diskutiert. Dieser sieht vor, die Grenzen kommunalen Wirtschaftens angesichts liberalisierter Märkte zu lockern. Kein einfacher Fall, wie die Anhörung zeigte.

Vor drei Jahren hatte Schwarz-Gelb die Gemeindeordnung (GO-NRW) reformiert. Seitdem dürfen Kommunen nur noch in solchen Fällen wirtschaftlich tätig werden, wo sie einen „dringenden öffentlichen Zweck“ erfüllen (§ 107). Genau dies wollen SPD und Grüne nun wieder rückgängig machen: Der Zweck müsse zwar weiter öffentlich, aber nicht länger dringend sein. Daneben sollen Städte im Energiebereich zukünftig sowohl überregional arbeiten als auch ergänzende Dienstleistungen anbieten können (§ 107a). Gleichzeitig sieht der Entwurf vor, die interkommunale Zusammenarbeit, wie etwa das Bilden von Einkaufsgemeinschaften, zu erleichtern (§ 108).

„107a ist für uns ein wichtiger Schritt, Stadtwerke noch wettbewerbsfähiger zu machen“, lobte Jens Lattmann vom Städtetag NRW den Entwurf. Markus Moraing vom Verband kommunaler Unternehmen NRW betonte, dass es dabei nicht um eine Ausweitung der öffentlichen Tätigkeit gehe, sondern lediglich Chan-

cengleichheit hergestellt werde. Der Slogan „Privat vor Staat“ sei aus seiner Sicht nicht richtig. Neben dem Städte- und Gemeindebund begrüßten auch Vertreter des Landkreistags NRW sowie des Landschaftsverbands Rheinland die geplanten Änderungen als „dringend erforderlich und angemessen“. Der Gesetzentwurf stelle die Organisationshoheit als Teil der kommunalen Selbstverwaltung wieder her. Dies sei auch im Hinblick auf zahlreiche leere Stadtkassen wichtig, betonte Dr. Manfred Busch, Kämmerer in Bochum.

Abgesehen davon führe jedoch auch deshalb kein Weg an einer GO-Änderung vorbei, weil die Reform von 2007 in Bezug auf die Selbstverwaltungsgarantie der Städte verfassungswidrig gewesen sei, so Rechtsanwalt Ulrich Cronaue. Verfassungsrechtliche Bedenken äußerte ebenfalls der Rechtsexperte Prof. Dr. Martin Burgi – allerdings gegenüber dem derzeitigen Entwurf von Rot-Grün. Die gestärkte interkommunale Kooperation laufe

Gefahr, dem Prinzip der Untergliederung in Gemeinden zu widersprechen.

Staatswirtschaft, Wettbewerbsverzerrung und Mittelstandsvernichtung lauteten die Vorwürfe der Unternehmervertreter angesichts der geplanten Reform. Das Credo „Privat vor Staat“ sei völlig unverwerflich, sagte Jörg Lacher vom Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorger. Im Gegensatz zu Moraing betonte er, dass der Gesetzentwurf den Tätigkeitsbereich von Kommunen zweifelsohne ausweite. Dies gefährde die private Wirtschaft und sei auch zum Stopfen von Haushaltslöchern nicht zu akzeptieren. Gerade im Garten- und Landschaftsbau stelle die bisherige Regelung ein „Mindestmaß an Schutz“ für mittelständische Unternehmen dar, warnte auch Dr. Karl Schürmann vom Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau NRW.

WETTBEWERB

„Die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken funktioniert deshalb gut, weil sich alle Beteiligten in den vergangenen Jahren an ihre Kernkompetenzen gehalten haben“, betonte Dr. Frank Wackers, Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Handwerk. Der Gesetzentwurf von Rot-Grün lasse jedoch keinerlei Interessenabwägung zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft erkennen. So forderte auch Dr. Ralf Mittelstädt von der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern NRW eine eindeutige Grenze zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft. Für den Fall, dass Städte im Energiebereich zukünftig tatsächlich ergänzende Dienstleistungen anbieten dürften, sei folglich ein detaillierter Katalog erlaubter Leistungen unabdingbar.

Dr. Hermann Janning von der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft schlug hingegen vor, für Konfliktfälle örtliche Clearingstellen einzurichten. „Wir wollen eine vernünftige Zusammenarbeit mit dem Handwerk vor Ort.“ Gleichzeitig warnte Guntram Pehlke, Vorstandsvorsitzender der Dortmunder Stadtwerke, dass die Stadtwerke wegen billiger Konkurrenz aus dem Ausland und damit einhergehendem Kundenschwund drohten unterzugehen. „Wir möchten Augenhöhe im Wettbewerb erreichen“, so Pehlke. Unterstützung darin bekam er von einem Wirtschaftsrechtler der FH Gelsenkirchen, Prof. Dr. Ralf-Michael Marquardt. Denn anderenfalls gingen Zusatzgeschäfte und damit auch Aufträge für das örtliche Handwerk langfristig an die vier Energieriesen verloren.

bra

Aus den Fraktionen

Neuer Landesvorsitzender Röttgen besucht Landtagsfraktion

Norbert Röttgen, Bundesumweltminister und neuer Landesvorsitzender der NRW-CDU, hat Anfang November erstmalig an einer Sitzung der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag teilgenommen. Dem „freundlichen herzlichen Empfang“, so Röttgen, war eine praktisch-politische Diskussion über die Finanzlage der Kommunen gefolgt. „Wir sind dankbar, dass Bewegung in die Finanzausstattung der Kommunen kommt“, erklärte der Fraktionschef Karl-Josef Laumann im Anschluss an die Fraktionssitzung. Für eine nach Laumann „kommunalpolitisch verankerte und verantwortliche CDU“ forderte auch Röttgen zustimmend eine in erster Linie lösungsorientierte Vorgehensweise. Als Grundlage für einen „diskussionsoffenen“ Ansatz diene der Vorschlag des Bundesfinanzministers zur Reform der Gemeindefinanzierung, bekräftigten Röttgen und Laumann einvernehmlich. Wichtig sei, dass Veränderungen sowohl auf der Ein- als auch auf der Ausgabenseite angestrebt werden. Röttgen verwies darauf, dass die Kommunen verstärkt mit den gesellschaftlichen Veränderungen zu kämpfen haben. Aus diesem Grund müsse eine „Solidarität der Ebenen“ erfolgen, die eine „finanzielle Entlastung durch die oberen Ebenen“ bedingt und Bund und Land mehr in die Verantwortung nimmt. Laumann: „Mit dieser Entlastung und Revitalisierung der Kommunen gelingt der Ausbau ihrer politischen Entscheidungskraft. Gleichbedeutend mit einer Stärkung des kommunalen Mandats.“



Mit dem Besuch im Düsseldorfer Landtag sei laut Röttgen ein „guter Start“ gelungen, den die Partei künftig dafür nutzen werde, die politische Arbeit in enger Abstimmung mit allen Parteigremien verstärkt zu vernetzen und „hör- und sichtbar“ zu praktizieren.

Bei der Generalrevision des KiBiz werden auch die Betroffenen beteiligt



Ganz oben auf der Agenda der SPD-Landtagsfraktion steht die Generalrevision des sogenannten Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) der alten schwarz-gelben Landesregierung. Damit in diesem Prozess neben den Kommunen und Trägern nun auch diejenigen einbezogen werden, die bei der Entstehung des alten KiBiz nicht mitwirken konnten, hatten die Sozialdemokraten zum Landtagstalk nach Düsseldorf eingeladen. Die Resonanz war bei den Beschäftigten aus den Einrichtungen und bei den Eltern so groß, dass die Veranstaltung in den Plenarsaal verlegt werden musste.

Über 250 Eltern, Beschäftigte, Träger und politisch Verantwortliche der verschiedenen Ebenen diskutierten insbesondere über die Probleme des alten KiBiz und skizzierten Lösungswege. Wer eine gute individuelle Förderung der Kinder will, braucht eine neue, verlässliche gesetzliche Grundlage. Doch bevor die erforderlichen gesetzlichen Änderungen von der rot-grünen Koalition auf den Weg gebracht werden, soll zunächst eine Evaluierung der alten Regelungen erfolgen, damit auch die Erfahrungen aus der Praxis berücksichtigt werden können. Ziel ist es, den Elementarbereich so auszugestalten, dass schließlich ein Höchstmaß an Förderung erreicht wird.

Klar ist auch: Wer Kinder gut und früh fördern will, muss auch die Eltern in ihrer Verantwortung unterstützen und stärken. Daher müssen neben den Beschäftigten verstärkt die Eltern in die Entwicklung landesweiter Regelungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern eingebunden werden. Gleichzeitig ist eine bessere Vernetzung von Kindertagesbetreuung, Familienberatung und Familienbildung sinnvoll. Vor allem in den sozialen Brennpunkten müssen Familienzentren ausgebaut und besser ausgestattet werden.



Grüner Wirtschaftsdialog: Fachkräfte – dringend gesucht!

Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosenzahlen sinken. Gleichzeitig können immer mehr Unternehmen die neu entstehenden Arbeitsplätze nicht mehr qualifiziert besetzen. Nach Einschätzung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages fehlen in Deutschland zurzeit ca. 400.000 IngenieurInnen, MeisterInnen und gut ausgebildete FacharbeiterInnen. In einzelnen Branchen – wie z.B. im Maschinenbau, in der Elektroindustrie und im IT-Bereich – sind deshalb bereits jetzt betriebs- und volkswirtschaftliche Auswirkungen zu erkennen.

Der Fachkräftemangel stellt eine grundlegende Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dar. Dies macht u.a. eine Studie des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung deutlich, in der für das Jahr 2030 von einer Fachkräftelücke von 5,5 Mio. ausgegangen wird.

In der politischen Auseinandersetzung wird zumeist darüber gestritten, ob dem Fachkräftemangel durch eine verstärkte Aktivierung inländischer Qualifizierungspotenziale oder durch mehr Zuwanderung begegnet werden soll. Aus Grüner Sicht ist es wenig hilfreich, einzelne Instrumente gegeneinander zu setzen und so bestimmte Zielgruppen gegeneinander auszuspielen. Es geht nicht um ein „ENTWEDER – ODER“, sondern um ein „SOWOHL – ALS AUCH“.

Vor diesem Hintergrund stand eine sehr gut besuchte Fachveranstaltung der grünen Landtagsfraktion. Folgerichtig wählte der Grüne Bundesvorsitzende Cem Özdemir für seinen Auftaktvortrag den Titel „Fachkräftesicherung – eine Herausforderung für die Wirtschafts-, die Bildungs- und die Integrationspolitik“. Unter der Moderation der wirtschaftspol. Sprecherin Daniela Schneckenburger MdL kamen weitere Beiträge zu der Frage, wie ein breit gefasster Instrumentenmix zur Fachkräftesicherung in NRW aussehen könnte, von Staatssekretär Dr. Wilhelm Schäffer (MAIS NRW), Dr. Vera Erdmann (Institut der deutschen Wirtschaft), Dr. Maria Icking (Heinrich Böll Stiftung) sowie von Hans-Jürgen Alt (VDMA NRW) und der Telgter Unternehmerin Magdalena Münstermann. ■



FDP-Fraktion: Lebhaft Diskussion über Mobbing und Gewalt an Schulen



Ralf Witzel mit Sylvia Hamacher

Auf Einladung der FDP-Fraktion hat die Schülerin Sylvia Hamacher im Landtag aus ihrem Buch „Tatort Schule“ gelesen und damit eine lebhaft Diskussion über Mobbing und Gewalt an Schulen angeregt. Beleidigungen, Ausgrenzung und körperliche Gewalt gehörten für die Jungautorin zwei Jahre lang zu ihrem Schulalltag. „Ich musste mich überwinden, den Schulhof zu betreten“, sagte Sylvia Hamacher bei der Veranstaltung im Düsseldorfer Landtag. Ihre Erfahrungen hat die 18-jährige Schülerin im Buch geschildert. Unter den mehr als 50 Gästen waren zahlreiche Lehrer und Eltern von Mobbingopfern. „Mobbing in der Schule ist leider kein Einzelfall mehr. Für immer mehr Schüler, Lehrer und auch für Eltern gehört dieses gravierende Problem zum Alltag“, sagte Ralf Witzel, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion. Witzel würdigte den Mut der jungen Frau, mit ihren Erfahrungen an die Öffentlichkeit zu gehen. „Mobbingopfer kann grundsätzlich jeder werden“, betonte Witzel. Deshalb sei die offene Auseinandersetzung mit Mobbing und Gewalt an Schulen besonders wichtig. Zu diesem Diskurs trage „Tatort Schule“ bei.

Die FDP-Landtagsfraktion beschäftigt sich schon lange mit dem wichtigen Thema und hat es auch zum Inhalt einer Anfrage an die Landesregierung gemacht. Aus Sicht der FDP sind Aufklärung und konkrete Hilfsangebote für Opfer notwendig. Die Landesregierung solle eine Strategie zur Vermeidung von Mobbing und Gewalt an Schulen entwickeln, betonte Ralf Witzel. ■



Arbeitszeitverstöße in Kliniken sind ein Skandal

Die Zunahme von Arbeitszeitverstößen bei Klinikärzten und Pflegepersonal in Nordrhein-Westfalen ist nicht hinnehmbar. Unter diesen leiden sowohl die Ärztinnen und Ärzte und ihre Familien als auch die Patientinnen und Patienten. Die extrem langen und gesetzeswidrigen Arbeitszeiten müssen geahndet werden, und es muss gegengesteuert werden.

In den letzten Jahren ging die Entwicklung in die falsche Richtung. Mehrere ehemalige Landesregierungen haben bei den Krankenhausinvestitionen eingespart. Die amtierende CDU/FDP-Bundesregierung ignoriert die vierprozentige Kostensteigerung in den Krankenhäusern und kürzt die übliche Mindestzuwachsrate (Grundlohnsumme) von aktuell 1,15 Prozent auf 0,9 Prozent.

Die Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik im Gesundheitsbereich hat den Wettbewerb auf Kosten der Ärztinnen und Ärzte wie auch aller anderen Klinikbeschäftigten weiter forciert. In Deutschland müssen nach der Krankenhausstatistik des Statistischen Bundesamtes Ärztinnen



Wolfgang Zimmermann
Fraktionsvorsitzender und gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

und Ärzte, die in einem privaten Krankenhaus arbeiten, durchschnittlich ca. 28 % mehr belegte Betten betreuen als ihre Kolleginnen und Kollegen in einer öffentlichen Klinik. Die Ärztinnen und Ärzte in NRW müssen zudem etwa 5,6 % mehr belegte Betten versorgen als ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundesschnitt. Aufgrund der miserablen Arbeitsbedingungen wandern Ärztinnen und Ärzte seit Jahren ins Ausland ab. Wenn nichts passiert, fehlen in Deutschland bis 2020 etwa 135.000 Pflegekräfte und 24.000 Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern.

Da private Träger den Krankenhaussektor immer stärker dominieren, Gewinne machen, diese an Aktienbesitzer ausschütten und so mit den Beiträgen der Versicherten für eine Subventionierung von Aktienbesitzern sorgen, muss unbedingt der Forderung des Interessenverbands kommunaler Krankenhäuser gefolgt werden: Es muss ein Gewinnverbot für Kliniken geben! Gesundheit darf keine Ware sein, und es darf kein Profit damit erzielt werden. ■



+++ Meldungen +++

Schwerpunkt Integration

28. Oktober 2010 – Im neuen **Unterausschuss Integration** (Vorsitz Arif Ünal, Grüne) hat Staatssekretärin Zülfiye Kaykin die derzeitigen Planungen des Ministeriums vorgestellt, mit denen „das ‚Wir-Gefühl‘ gestärkt“ werden solle. Diese fußten auf der fraktionsübergreifend beschlossenen Integrationsoffensive aus dem Jahr 2001 und wollten das Bewährte fortführen und ausbauen, zugleich aber auch Neues anstoßen. So berate eine Arbeitsgruppe, inwiefern anonymisierte Bewerbungen ein Weg zu mehr Landespersonal mit ausländischen Wurzeln sein könnten. Ein Integrationsgesetz, Ziel aller Fraktionen bereits in den vergangenen Jahren, solle 2012 wirksam werden. Wie Michael Solf (CDU) wies auch Bernhard von Grünberg (SPD) auf Erfolge des ehemaligen CDU-Ministers Laschet hin, etwa ein allgemeines Bewusstsein für die Herausforderung Integration geschaffen zu haben. Alle Seiten betonten den Willen zur politischen Zusammenarbeit. Einzelmaßnahmen führten nicht weiter, gab Ünal in seiner Funktion als Grünen-Sprecher zu bedenken, da gescheiterte Integration meist mehrere Ursachen habe. Ali Atalan (Linke) sprach sich dafür aus, diskriminierende Strukturen zu beseitigen und Maßnahmen mit einigender Wirkung zu ergreifen.

Engagierte Arbeit für Loveparade-Betroffene

4. November 2010 – Nach der Tragödie bei der Loveparade hatte die Landesregierung Wolfgang Riotte, früherer Staatssekretär im Innenministerium, zum Ombudsmann ernannt. Im **Innenausschuss** (Vorsitz Monika Düker, Grüne) informierte er über seine Arbeit als Ansprechpartner für Menschen, die geeignete medizinische Versorgung suchten, Fragen zu Krankenkassenproblemen hätten oder sich mit zahlreichen anderen Fragen an ihn wendeten. Aus dem Hilfsfonds des Landes in Höhe von 1 Mio. Euro hätten in 19 Fällen Hinterbliebene Zahlungen erhalten; die beiden weiteren Fälle mit Hinterbliebenen im fernen Ausland seien in Bearbeitung. Auch viele Verletzte hätten Hilfe erhalten. Mit den bisherigen Zahlungen sei der Fonds zu etwas mehr als 80 Prozent ausgeschöpft, werde aber vermutlich ausreichen. Allerdings rechnete Riotte damit, dass wegen traumatischen oder posttraumatischen Belastungsstörungen noch weitere Fälle hinzukommen könnten. Neben dem

Landesfonds gebe es einen firmenfinanzierten Unterstützungsfonds, der einspringe, wenn weder Riotte noch die Krankenkasse helfen könne. Zudem habe die Versicherung des Loveparade-Veranstalters einen weiteren Fonds eingerichtet, dem sich auch die Stadt Duisburg angeschlossen habe. Aus diesem Topf erhielten Menschen in finanzieller Notlage Hilfe.

Schwierige Schienenverkehrspolitik

25. November 2010 – Zusammen mit Vertretern der Deutschen Bahn und der Nahverkehrsverbünde hat der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Dieter Hilser, SPD) die schwierige Situation

Ansonsten fehle der Bahn der Vorlauf für die entsprechende Bauplanung.

Arbeitszeiten in Krankenhäusern

24. November 2010 – Der Arbeitsschutz in NRW war auf Antrag der FDP Thema im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Konkret ging es um zwei Punkte: Erstens um die seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gesunkene personelle Besetzung der Arbeitsschutzverwaltung. Die Abgeordneten diskutierten, wer hierfür die Verantwortung trage und wie sich die Situation verbessern lasse. Immerhin habe man jetzt wieder über 30 Nachwuchskräfte eingestellt, informierte die Landesregierung. Und man wolle die Zusammenarbeit mit den Berufsgenossenschaften intensivieren. Die Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen gestanden zu, dass eine personelle Aufstockung mit zusätzlichen Ausgaben verbunden sein werde. Der zweite Punkt betraf die Überschreitung der Arbeitszeitvorgaben in Krankenhäusern. Hier räumte die Landesregierung ein, dass sie etwa wegen des Datenschutzes an Grenzen der Kontrollmöglichkeiten stoße. Man werde vor allem auf konkrete Beschwerden hin tätig und versuche dann, in Zusammenarbeit mit Krankenhausleitung und Personalräten die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften durchzusetzen. Geprüft werden soll nun, inwiefern eine Information über die auffälligen Krankenhäuser möglich ist.

Terrorwarnung: Keine konkreten Hinweise

25. November 2010 – Es gebe keine Hinweise auf konkret bevorstehende Terroranschläge, beruhigte Innenminister Ralf Jäger (SPD) die Abgeordneten des **Innenausschusses** (Vorsitz Monika Düker, Grüne). Gleichwohl seien terroristische Anschläge jederzeit möglich; die Zahl entsprechender Hinweise sei so hoch wie vor der Bundestagswahl 2009. Daher würden Flughäfen, Bahnhöfe, Grenzen, alle Orte mit hohem Publikumsverkehr verstärkt kontrolliert. Jäger verteidigte das Konzept der Früherkennung und Überprüfung von Einzelfällen. Er führte aus, in NRW lebten 1,1 Millionen Muslime. Nur gut 8.000 verfolgten das Ziel des Islamismus und davon seien nur 80 bis 100 Personen gewaltverdächtig, warnte Jäger vor einem Generalverdacht gegen alle Muslime.



verschiedener Aspekte des Schienenverkehrs erörtert. Nach dem Signal aus Berlin, dass zentrale Verkehrsvorhaben aus NRW wie der Rhein-Ruhr-Express (RRX) oder die Betuwe-Linie dort offenbar keine Priorität haben, zeigten sich Ministeriumsvertreter wie Abgeordnete aller Fraktionen enttäuscht, dafür aber willens, an einem Strang für den Schienenverkehr in NRW zu ziehen. Die Fahrgäste warten schon lange auf Entlastung auf der Hauptstrecke Rhein-Ruhr. Vertreter der Bahn erklärten, es habe beim RRX keine Preiserhöhung gegeben. Während des kommenden Jahres müsse es aber eine verbindliche Finanzierungszusage seitens des Bundes geben, dass dieser im Haushalt 2014 entsprechende Mittel für den geplanten Zug durchs Ballungszentrum bereitstelle.

Porträt: Oliver Keymis (Grüne)



Das Plenum begreift er als Bühne – denn theaterbegeistert ist der Grüne Oliver Keymis auch nach mehr als zehn Jahren als Landtagsabgeordneter. „Schon als Kind hat mich mein Vater mit ins Theater genommen“, erzählt der 2. Landtagsvizepräsident. „Und mit 13 habe ich mich zusammen mit einem Lehrer an meiner ersten Inszenierung versucht“: Der „Diener zweier Herren“ war das, die berühmte Komödie des Italieners Carlo Goldoni.

Nach dem Abitur studierte Keymis, der am 30. Dezember 50 Jahre alt wird, zwar bis zur Zwischenprüfung Philosophie, Germanistik, Französisch und Politikwissenschaften – doch danach gelang der Sprung hinter die Kulissen. „Ich war hier in Düsseldorf am Schauspielhaus fest angestellt, habe in freier Mitarbeit für den WDR als Regieassistent gearbeitet, Bildregie geführt“, erzählt Keymis, der seit Jahrzehnten in Meerbusch lebt – und klingt noch immer begeistert: „Meine erste Theaterregie hatte ich dann in der Spielzeit 89/90 an der Landesbühne Wilhelmshaven.“

Goethes „Iphigenie auf Tauris“ hat er ebenso inszeniert wie Samuel Beckett. Und im Auftrag des WDR arbeitete der immer schwarz tragende Regisseur mit Willy Millowitsch zusammen – auch wenn ihm der Ausflug ans „bürgerliche Lachtheater“ in der Szene nicht nur Freunde bescherte.

In die Politik geführt hat Keymis dagegen ein für Grüne klassischer Weg. In seiner Heimatstadt Meerbusch engagierte er sich für den Schutz der Ilvericher Altrheinschlinge. Der Weiterbau der A44 bedrohte das Naturschutzgebiet. Als einer von drei Sprechern der „Bürgergemeinschaft Meerbusch“ kämpfte Keymis zwölf Jahre lang für eine komplette Tunnellösung. Wegen zu hoher Kosten war die zwar nicht durchsetzbar – doch mit der Bürgerinitiative konnte Keymis zumindest einen Teilerfolg verbuchen: Zwei Tunnelstücke haben die wertvollsten Teile der Auenlandschaft bewahrt.

Auf den Theatermann aufmerksam wurden so auch führende nordrhein-westfälische Grüne. „Ob Bauminister Michael Vesper, Umweltministerin Bärbel Höhn, die damalige Landtagsfraktionschefin Gisela Nacken – ich kannte die alle“,

sagt Keymis. Seit 1997 ist er Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, wurde 1998 Sachkundiger Bürger im Meerbuscher Kulturausschuss, kurz darauf Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kultur seiner Partei. Im Mai 2000 folgte der Sprung in den Landtag: Die Grünen lagen bei 7,1 Prozent. Für ihn selbst überraschend zog der auf Platz 17 der Landesliste gesetzte Meerbuscher in das Landesparlament ein.

Der Regisseur wurde kulturpolitischer Sprecher seiner Fraktion – und übernahm ab 2003 auch die Verkehrspolitik: Der vom rot-grünen Dauerstreit um die geplante Magnetschwebebahn genervte, vom Ende seines Prestigeprojekts „Metrorapid“ frustrierte damalige SPD-Ministerpräsident Wolfgang Clement hatte den Aufstieg von Keymis' Vorgänger Peter Eichenseher als Verkehrsexperte der Grünen durchgesetzt.

Der ehemalige Autobahngegner Keymis ist noch heute gegen Neubauprojekte, verteidigt aber den Ausbau wichtiger Fernstraßen wie des Kölner Rings, der A40 im Ruhrgebiet. „NRW ist nun einmal ein Transitland“, sagt er – dringt aber auf optimalen Lärmschutz. Zusätzlichen Verkehr will er auf die Bahn verlagern: „Katastrophal“ sei die Entscheidung des Bundes, noch immer kein Geld für den Metrorapid-Nachfolger „Rhein-Ruhr-Express“, für den Bau eines dritten Gleispaars auf der verspätungsträchtigen Hauptstrecke zwischen Dortmund und Köln zur Verfügung zu stellen.

Aus der Verkehrspolitik zog sich Keymis 2006 zurück. Der Fraktionsvorstand hatte ihn für die Nachfolge Vespers als Landtagsvize nominiert. „Als Vizepräsident möchte ich Ansprechpartner aller Fraktionen sein“, begründet Keymis, dessen Frau als Grafik-Designerin arbeitet, den Rückzug auf die „weniger konfliktträchtige“ Kulturpolitik: Schließlich habe die von CDU und FDP getragene Regierungskoalition von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers den Kulturetat zumindest auf Landesebene in der vergangenen Legislatur glatt verdoppelt. „Ein Desaster“ sei dagegen die Finanzkrise der Städte und Gemeinden, kritisiert Keymis – die bedrohe längst nicht nur Theater wie in Wuppertal, sondern die Szene insgesamt.

Die Ökonomisierung ganzer Lebensbereiche, die „Gerechtigkeitsfrage“ wird so immer stärker zum Hauptthema des Landtagsvizepräsidenten: „Ich will den Bürger, nicht den Kunden.“ Noch mehr Bürger in das Parlament locken will Keymis etwa durch spannende Veranstaltungsreihen mit Politikern und anderen Gästen.

Auf der Bühne des Plenums, mahnt der Vize, müsse deshalb „weniger abgelesen“, mehr in „freier Rede“ argumentiert werden – und erinnert an „Politikertypen“ wie Wehner, Schmidt – und an Franz-Josef Strauß. „Aber die“, lacht er, „haben ihre besten Reden auch erst gehalten, als sie Jahrzehnte Erfahrung hatten.“

Andreas Wyputta

FCL in Riga

Riga, die Hauptstadt Lettlands, war das Ziel der diesjährigen Reise des FC Landtag NRW. Die alte Hansestadt ist eine Gründung des Bischofs Albert aus Bremen, wie der 26-köpfigen Delegation aus Nordrhein-Westfalen während der Stadtführung mitgeteilt wurde. Die deutschen Spuren sind unübersehbar, die positiven wie die negativen. Das Okkupationsmuseum in Riga veranschaulicht den Terror der beiden Regime – Hitlers und Stalins – und das Leiden der lettischen Bevölkerung. Im Beisein des Deutschen Botschafters in Lettland, Dr. Klaus Burkhardt, legte die Landtagsdelegation einen Kranz an der Gedenkstätte im Wald von Bikernieki nieder. Hier hat das Deutsche Besatzungsregime 40.000 Menschen ermordet, vor allem deportierte Juden aus dem deutschen Reich. Ein weites Feld von schwarzen Steinen ist für die Toten angelegt. Die Namen der deutschen Städte dokumentieren, woher die Ermordeten stammten. Zahlreiche Städte aus dem heutigen NRW sind dabei.

Botschafter Burkhardt hatte die nordrhein-westfälischen Besucher zuvor über die politische, wirtschaftliche und finanzielle Lage Lettlands informiert. Zum Beispiel hat sich Lettland für 2014 die Eurozone als Ziel vorgenommen.

Fußball gespielt wurde selbstverständlich auch. Gegner des FCL war das Team des lettischen Parlaments. Angesichts des kalten Schneeregens fand das Match zur Freude aller in einer großen Halle statt. Am Ende blieb es allerdings im lettischen Nebel, ob das Spiel nun 2:5, 2:4 oder 3:4 endete. Aber das war bei diesem eindrucksvollen Besuch auch egal. *Hans Zinnkann*



Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:

Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (Linke), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; N.N. (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Gerhard Militzer (Linke), stv. Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 1. bis zum 16. Dezember 2010

3.12. Dr. Droste, Wilhelm (CDU)	50
3.12. Ratajczak, Marc (CDU)	37
8.12. Preuß, Peter (CDU)	57
14.12. Zimmermann, Wolfgang (Linke)	61
16.12. Sundermann, Frank (SPD)	45

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 65

5.12. von Unger, Hans-Karl (CDU)	80
11.12. Weber, Günter (SPD)	75

Verstorben

3.11.2010 Prof. Dr. Friedrich Halstenberg (SPD), MdL 1972-1980

Halstenberg war von 1966 bis 1975 Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei, von 1972 bis 1975 Minister für Bundesangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei sowie von 1975 bis 1978 Finanzminister. Außerdem war er von 1972 bis 1978 Mitglied des Bundesrats sowie von 1975 bis 1978 Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundesrats.

Termine

2. Dezember 2010 **Tagespräsentation AIDS-Hilfe NRW**
Rund um den Erdball erinnern am 1. Dezember verschiedenste AIDS-Organisationen an die Krankheit und rufen dazu auf, aktiv zu werden und Solidarität mit Infizierten, Kranken und den ihnen Nahestehenden zu zeigen.

15. Dezember 2010 bis 14. Januar 2011 **Ausstellung „Der Industrie ihre Kathedralen“**
Anlässlich des Veranstaltungsjahres „Ruhr 2010“ widmet die Deutsche Stiftung Denkmalschutz den architektonischen Zeugnissen der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts eine Ausstellung. Die Ausstellung geht dem Zusammenspiel von Industrie, Städtebau und Architektur nach.

Nächstes Plenum 15./16. Dezember 2010. Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint voraussichtlich am 17. Dezember 2010.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Msgr. Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 2. Dezember 2010 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Zwei wertvolle Helfer ...

... zum Verständnis der Arbeit des Landtags sind die Broschüre über die Landtagswahl in NRW sowie das Handbuch des Landtags. Erstere gibt einen Rückblick über die Schwerpunkte der vergangenen Legislaturperiode, den Landtagswahlkampf 2010, die Ergebnisse aller Landtagswahlen seit 1947 und enthält viele ergänzende Informationen und Analysen. Das Handbuch beschäftigt sich mit den Abgeordneten, ihren Biographien und Funktionen, mit den Gremien des Landtags, mit den Fraktionen der gewählten Parteien sowie mit der Verwaltung. So erfährt man in der Berufsstatistik zum Beispiel, dass nicht, wie weithin vermutet, Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, sondern Angestellte aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden die größte Gruppe unter den Abgeordneten darstellen. Nachlesen kann man auch, wer von ihnen das Mandat direkt über einen Wahlkreis und wer über die Landesliste einer Partei erhalten hat. Viel Wissenswertes also in kompakter Form, das bei der Pressestelle des Landtags NRW kostenlos bestellt werden kann (Telefon 0211 884-2851, email@landtag.nrw.de).

Foto: Schälte

